



## Niederschrift

58. Plenarsitzung des Gemeinderates  
28. November 2023, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

**Punkt 17 der Tagesordnung: Reinigungsmanagement  
Erhöhung des Eigenreinigungsanteils bei der Unterhaltsreinigung auf 50 % mit Einführung  
eines standardisierten Qualitätsmanagements  
Vorlage: 2023/0962**

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss die Ausführungen zur Erhöhung des Eigenreinigungsanteils bei der Unterhaltsreinigung von 26 % auf 50 % zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Neukonzeption dieses Aufgabenbereiches in Form einer eigenen Organisationseinheit zu. Die organisatorische Anbindung muss allerdings noch abschließend geklärt werden.

Der für die Umsetzung der Neukonzeption im Endausbau als neues Amt erforderliche zusätzliche Personalbedarf in Höhe von 48,5 VZW wäre sukzessive in den Jahren 2024 bis 2027 bereitzustellen. Die Mittel des Personalhaushaltes müssten in den Jahren 2024 bis 2027 entsprechend erhöht werden, dafür wäre in diesem Zeitraum eine Reduzierung der Sachkosten möglich. Darüber hinaus müssten die erforderlichen Mehrkosten von maximal 800.000 Euro pro Jahr durch Einsparungen gegebenenfalls bei den Standards erbracht werden.

Die derzeit beim HGW befristet bis 31.12.2026 eingerichteten Stellen (3,0 VZW) werden in unbefristete Stellen umgewandelt und künftig der neuen Organisationseinheit zugeordnet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitliche Zustimmung (27 JA, 18 Nein)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 14. November 2023.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE):** Erstmal ein herzliches Dankeschön an alle, die an dieser Vorlage beteiligt waren. Das sind zuerst Sie von der Verwaltung, Herr Oberbürgermeister und auch HGW. Gerade auch bei der letzten Abstimmung hier im Gemeinderat war das alles andere als versöhnlich. Aber Sie haben sich dieses Projektes wirklich angenommen und das auch in einem Tempo vorangebracht, das ich selber nicht für möglich gehalten hätte. Vielen Dank dafür. Und auch herzlichen Dank an den Gesamtpersonalrat, die in teilweise auch schwierigen Verhandlungen, aber am Ende zu einem sehr erfolgreichen Ergebnis gekommen sind. Durch Ihr großes Entgegenkommen ist es überhaupt erst möglich, dass wir heute über eine kostenneutrale Umsetzung überhaupt nachdenken können.

Besonders positiv ist mir in Erinnerung geblieben bei der Lektüre von dieser Vorlage erstmal der Mut, mit dem hier ganz grundsätzlich auch die Struktur und die Zuschnitte der Verantwortlichkeiten angepasst werden sollen. Es wird wirklich sehr weit in die Zukunft gedacht, es soll ein neues Amt gegründet werden, es wird hier nicht an einzelnen Details herumgedoktert.

Das Zweite ist die Transparenz. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass hier auch weitere Ideen, die als alternative Lösungen vorgeschlagen werden, zur Sprache kommen. Ich finde, das schafft ganz viel Vertrauen.

Und der dritte Punkt ist die Vernetzung. Es gab ganz viele Absprachen mit anderen Städten, mit eigenen Gesellschaften. Ich finde, das hat zu einem sehr gut durchdachten Vorschlag geführt, dem wir heute sehr gerne zustimmen.

Ich habe noch ein paar Wünsche an den Gemeinderat. Das ist zuerst natürlich, dass wir dem heute hier zustimmen, und das Zweite ist, dass wir jetzt nicht heute schon Details zementieren. Ich finde im Gegenteil, wir sollten der Verwaltung das Vertrauen aussprechen, dass hier einfach Sachen ausprobiert werden müssen. Das wird sicher nicht alles reibungslos verlaufen bei so einem großen Projekt, aber gerade dann ist auch wieder eine Rücksprache in den Ausschüssen oder mit den Mitarbeitenden oder eben auch mit dem Personalrat möglich, und da habe ich vollstes Vertrauen, dass das dann auch passiert.

Das Projekt Rekommunalisierung der städtischen Reinigung ist damit heute ganz sicher noch nicht abgeschlossen, das wird uns noch einige Jahre begleiten. Ganz kurz inhaltlich, wir haben das hier schon häufiger diskutiert. Wir GRÜNE begrüßen besonders, dass es jetzt ein flächendeckendes Qualitätsmanagement geben soll, und zwar völlig egal, ob es um ein fremdgereinigtes Gebäude oder um ein selbst gereinigtes Gebäude geht, es gibt ein flächendeckendes Qualitätsmanagement für alle gleichermaßen. Für uns GRÜNE steht aber nach wie vor ein Punkt im Zentrum dieses ganzen Projektes, und das ist folgendes: Wer in unserem Auftrag ein städtisches Gebäude reinigt, der sollte auch nach unserem Tarifvertrag bezahlt werden, und das ist der TVÖD. Mit dieser Vorlage kommen wir da einen ganz großen Schritt weiter.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich weiß nicht, wie weit wir in die Zukunft sehen, liebe Kollegin Wolf. Das Problem nämlich haben wir vorhin direkt im Tagesordnungspunkt 1 gehabt, dass wir irgendwann nachdenken müssen, wie wir das Ganze finanzieren, und das vermisste ich gerade in Ihren Ausführungen. Wir machen hier ganz klar den zweiten Schritt vor dem ersten, und dies ist einfach falsch. Sie haben bewusst auch angesprochen dieses flächendeckende Qualitätsmanagement. Das ist richtig, das müssen wir auch machen. Aber ich

prophezeie Ihnen hier, dass wir alleine durch die Erhöhung auf 50 Prozent der Unterhaltsreinigung in Eigenregie die Qualität damit nicht signifikant verbessern werden. Das werden wir nicht schaffen. Das schaffen wir nur durch ein Qualitätsmanagement. Ob wir dies dann in der Art und Weise hier einführen müssen, mit einem Wahnsinnsbürokratieaufwand, den wir hier wieder aufbauen. Wir bauen zusätzliche Stellen auf. Und das ist nicht im Sinne der Sache. Genau das ist es, was unseren Haushalt und auch unsere Personaldecke immer weiter aufbläht. Denn was machen wir denn hier? Anstatt auf den freien Markt zu vertrauen, und ich weiß, was Frau Kollegin Binder jetzt uns dann gleich wieder bringt, weil alle Investoren, alle Arbeitgeber sind Ausbeuter, und sie machen sowieso alles schlecht. Aber wenn wir doch nicht mehr auf den freien Markt vertrauen, wie sollen wir dann jemals irgendwann unsere städtischen Finanzen in den Griff bekommen? Was machen wir denn noch alles? Dann müssen wir doch irgendwann alles hier machen, und dies geht einfach nicht.

Ich bin vollkommen bei Ihnen, Frau Kollegin Wolf, wenn jemand für die Stadt arbeitet, dann muss er auch korrekt und fair bezahlt werden. Auch dies haben wir. Wir schließen hier keine Verträge mit Fremdfirmen ab, die sich nicht daran halten. Auch da gibt es im Bereich der anderen Firmen Tarifverträge, und da müssen sich auch andere dran halten. Und diese ständigen Unterstellungen, dass hier irgendetwas anderes läuft, halte ich einfach für nicht zielführend, insbesondere auch für nicht zielführend für unseren Haushalt. Allein die Tatsache, dass Sie sagen kostenneutral. Also wenn Sie sich diese Rechnung mal anschauen. Wir haben 3 Millionen ungefähr an Mehrkosten, dem gegenüber stehen geschätzte 2,1 Millionen an Einsparungen gegenüber. Wenn ich mir diese Einsparungen angucke, mit welcher heißen Nadel die gestrickt sind, ich sage Ihnen, es wird nicht kommen. Es wird nachher auf diese 3 bis 4 Millionen Mehrkosten kommen, und auch die werden wir im nächsten Haushalt drauf haben.

Die Sache der Rekrutierung von neuem Personal: Sie sehen ganz klar, dass wir ein Riesendefizit an Arbeitskräften auch in diesem Bereich haben. Drinnen steht qualitativ gutes Personal. Damit schließen wir sehr viele Arbeitskräfte, die die Qualität haben und die jetzt bei Fremdfirmen teilweise angestellt haben, aus. Auch hier werden wir große Probleme haben. Dies ist leider komplett der falsche Schritt, den wir gehen, denn wir greifen wieder in den freien Markt ein. Wir werden diese Vorlage ablehnen.

**Stadträtin Uysal (SPD):** In den letzten Monaten haben wir tatsächlich intensiv an Verbesserungen im Reinigungsmanagement gesprochen, gearbeitet und uns auch interfraktionell konstruktiv ausgetauscht, auch in Begleitung des Gesamtpersonalrates. Uns war allen klar hier in diesem Hause, dass wir die Innenraumhygiene in Schulgebäuden, aber auch in Verwaltungsgebäuden verbessern wollen und auch das Wohlbefinden der Gebäudenutzerinnen und -nutzer, vor allem auch Schülerinnen und Schüler, Kinder und Jugendliche hier ein besseres Wohlbefinden dazu beitragen wollen. Ich freue mich, heute vor Ihnen über eine progressive Maßnahme im Reinigungsmanagement zu sprechen, nämlich die Erhöhung des Eigenreinigungsanteils auf 50 Prozent, verbunden mit einem effektiven Qualitätsmanagement. Denn Sauberkeit ist nicht nur eine Frage der Menge, sondern auch der Qualität. Und dieser Schritt kombiniert beides, um unsere Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude auf ein neues Niveau zu heben. Mit dieser Neukonzeption ermöglichen wir nicht nur eine gesunde gemischte Reinigung der Objekte mit städtischen und externen Reinigungskräften, sondern sie setzt auch auf die Qualitätsstandards und Optimierung.

Wir sind deshalb sehr dankbar, und da kann ich mich meiner Vorrednerin anschließen, dass die Verwaltung offen gegenüber der kritischen Stimmen stand und vor allem auch diese Stimmen ernst genommen hat. Lieber Herr Hofmann, lieber Detlef, wir wollen niemandem etwas unterstellen, sondern wir wollen diese kritischen Stimmen einfach ernst nehmen, und deswegen ist diese Vorlage auch zustande gekommen. Uns ist es ganz wichtig, dass diese Neukonzeption, dass dieser Prozess dynamisch bleibt, nicht statisch, sondern dynamisch bleibt und gewisse Teile auch erprobt werden, so dass wir in Richtung Hygiene oder Verbesserung der Innenraumhygiene einen weiteren Schritt machen. Uns als SPD-Fraktion ist wichtig, dass wir auf jeden Fall ein wichtiges Augenmerk auf das detaillierte Qualitätsmanagement werfen, damit die Reinigung effektiv und nachhaltig bleibt, dass wir tatsächlich auch Reinigungskräfte schulen, dass wir sie abholen. Letztendlich werden sie diese Neukonzeption auch umsetzen und realisieren.

Auch ist uns weiterhin wichtig, dass der Gesamtpersonalrat immer in diesem Prozess beteiligt ist und auch eingebunden wird, einfach auch im Sinne der Arbeitnehmerinteressen, damit wir diese auch im Blick behalten. Die Sauberkeit unserer Gebäude ist wirklich ein zentrales Anliegen, und ich glaube, wir sind gar nicht so weit voneinander entfernt. Wir wollen das Gleiche. Wir wollen tatsächlich Gebäude haben, die sauber sind. Und uns ist zuletzt auch wichtig, dass wir heute noch nicht ganz festlegen, wie die Organisationsform aussehen soll. Wir müssen diese nochmal abschließend diskutieren, aber wir sind der Meinung, dass wir die ersten Schritte in Richtung auf 50 Prozent Eigenbeteiligung sozusagen erhöhen. In diesem Sinne freue ich mich auf diese Vorlage und hoffe auf eine bessere Sauberkeit.

**Stadtrat Hock (FDP):** Ich darf für die Zählergemeinschaft sprechen. Der Kollege Hofmann hat vieles schon vorweggenommen von dem, was ich jetzt auch vortragen möchte. Zuerst habe ich den Eindruck, man unterstellt jetzt der Privatwirtschaft, die die Reinigung bis jetzt vorgenommen hat, dass sie nicht ordentlich gereinigt hat oder ihre Leute nicht ordentlich bezahlt hat. Das weisen wir von uns, weil es nicht der Fall war. Das hat die Stadtverwaltung immer geprüft, und es wurde in diesen Beschlüssen und Abstimmungen, die dann auch uns vorgelegt wurden, auch immer wieder draufgeschrieben, dass da nichts zu bemängeln wäre. Was wir jetzt hier in diesem Bereich der 50-Prozent-Einführung eines standardisierten Qualitätsmanagements und den Eigenreinigungsanteil jetzt auf den Weg bringen, ist meines Erachtens ein riesiges Monstrum. Schon alleine diese Vorlage sind 18 Seiten. Ich kann Ihnen voraussagen, nach dem heutigen Satzungsbeschluss, was wir gefasst haben, wo wir schon selber wissen, dass wir an einem Punkt angelangt sind in dieser Stadt, wo man sagen muss, wir können uns vieles, was wir uns gerne wünschen würden, eigentlich gar nicht mehr leisten. Da muss man ganz ehrlich fair sein zu sich selber.

Das ist jetzt ein Punkt, wo die Privatwirtschaft mit im Boot war. Sie hat es gut gemacht, unseres Erachtens, und man hätte es auch so belassen können. Was wir jetzt tun, wir holen uns was in das Haus, was definitiv sicherlich für die Menschen, die dann bei uns arbeiten, Sinn macht. Aber eines muss man zur Ehrlichkeit dazu sagen. Es wird mehr Geld kosten als das, was es jetzt kostet. Das sind Fakten und Sie werden das sehen, der Herr Kollege Hofmann hat schon ausgeführt, die Zählergemeinschaft sieht das ähnlich. Es wird sicherlich im Endeffekt für die Stadtverwaltung und für das, was wir dann in zwei Jahren wieder zusammen besprechen müssen, ein Punkt sein auf der Liste, wo wir sagen, da hätten wir uns vielleicht ehrlicher machen müssen und sagen, jetzt können wir uns diese tolle Sache, die wir vielleicht auf den Weg bringen, eigentlich nicht leisten, wir hätten das ablehnen müssen.

Die Zählergemeinschaft wird dies ablehnen aus genannten Gründen. Sie werden sehen, mit dem eigenen Amt etc., was da schon andiskutiert wird, werden wir uns keinen Gefallen tun. Wir werden mehr Verwaltungsarbeit auf die Verwaltungsleute zubringen. Wir werden mehr Geld aus unserem Haushalt rausziehen, wo wir an anderer Stelle wieder einsparen müssen. Deshalb wird die Zählergemeinschaft dies einheitlich ablehnen.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.):** Wir bedanken uns sehr für die Vorlage. Wie Sie sich sicherlich erinnern können, haben wir im Laufe der vergangenen Jahre durchaus dieses Thema mehrfach angesprochen, weil wir der festen Überzeugung sind, und das zeigen die Erfahrungen aus anderen Städten und auch aus anderen städtischen Einrichtungen wie dem Klinikum, dass eigene Beschäftigte tatsächlich in der Lage sind, die Effizienz zu steigern und die Kosten zu senken. Natürlich nicht von heute auf morgen, aber im Laufe der kommenden Jahre. Das zeigt das Beispiel in Freiburg, die mittlerweile davon ausgehen, dass sie 20 Prozent Effizienzsteigerung haben, und die Kostensituation inzwischen unter dem Niveau ist, das sie hätten, wenn sie Fremdreinigung beauftragen würden. Freiburg ist durchaus mit uns vergleichbar, denke ich. Das Beispiel des KVD, also der Karlsruher Versorgungsdienst im Klinikum, dort gibt es die Belege dafür, dass die zurückgeholten im Hause arbeitenden Reinigungskräfte mittlerweile kostengünstiger arbeiten und sauberer arbeiten. Das sind Belege, das lässt sich beweisen, und das unterstelle ich jetzt auch, steckt in der Beschlussvorlage drin. Wir werden im Laufe der Jahre kostengünstiger arbeiten können, wenn die Menschen anständig beschäftigt, anständig bezahlt sind und entsprechende Arbeitsbedingungen haben. Das reduziert die Krankenquote, das erhöht die Zufriedenheit mit der Aufgabe, und es wird von denjenigen, die als Beschäftigte in den Räumen zu arbeiten haben, mit Sicherheit auch anerkannt werden. Also ich glaube, die Zufriedenheit ist durchaus etwas, was als Attraktivität zu verstehen ist mit dem Arbeitsplatz oder des Arbeitsplatzes. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Belege im Laufe der nächsten drei, vier Jahre auf dem Tisch liegen werden und wir mit der Zufriedenheit derer, die als Beschäftigte in den Räumen arbeiten, mit der Zufriedenheit der Beschäftigten, die die Reinigungsarbeiten machen, erreichen werden, dass wir hier kosteneffizienter sind als seither mit fremdvergebenen Reinigungsarbeiten, wo die Leute hinterher zum Amt müssen und Aufstockung beantragen.

Deshalb freue ich mich darüber, dass das jetzt hier vorliegt. Ich unterstütze das Anliegen des Personalrats, die Beschäftigten bei der HGW anzusiedeln und ich hoffe, dass das tatsächlich dann auch entsprechend mit guten Führungskräften zu einer sauberen Arbeit führen wird, im Sinne aller.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich kann mich jetzt, muss ich ganz ehrlich sagen, nicht an diese Statistiken erinnern aus der Vorberatung, die die Frau Binder genannt hat. Und ich würde darum bitten, dass hinterher vielleicht von offizieller Seite das nochmal bestätigt werden kann, wenn es wirklich so ist, beziehungsweise falls es nicht so ist, das auch klargestellt werden kann. Denn ich frage mich, wie soll es denn sein, dass wenn man eine zusätzliche Verwaltung installiert, hinterher die Arbeitnehmer dann so viel mehr arbeiten, dass sie diese zusätzliche Verwaltung irgendwie in der Effizienz wieder rausschwitzen. Das kann ich mir nicht so richtig vorstellen. Deswegen, diese Statistiken würden mich sehr interessieren.

Ich bin jetzt schon auch seit zehn Jahren im Betriebsrat einer Firma, in der ich arbeite und ich muss sagen, ich habe dort erlebt, dass die Einbindung von Fremdfirmen, die bei uns Partnerfirmen heißen, eigentlich eine gute Sache ist, auch für die Leute, die dort arbeiten, weil die bekommen dann die Chance, in das Unternehmen reinzuschmecken. Gut, sie

arbeiten für eine andere Firma, aber man kriegt dann schon mit, wer von diesen Leuten gut arbeitet, gut passt, zuverlässig ist, und die werden dann doch oft auch übernommen. Dann bekommen Leute eine Chance, in das Unternehmen Stadt einzusteigen, die das sonst vielleicht nie erwägen würden von sich aus und die vielleicht auch sonst nie eine Chance hätten. Deswegen glaube ich, dass aus Sicht der Arbeitnehmer die bisherige Regelung auch gut ist. Vielleicht ist für die einen Arbeitnehmer die eine Regelung besser, für die anderen ist die andere besser. Aber die Regelung, die wir jetzt haben, ist auch für einen Teil der Arbeitnehmer bestimmt eine sehr gute Regelung, weil sie diesen Leuten mehr Chancen bietet. Das sind die Leute, die dann mit dieser geänderten Regelung nicht unbedingt bei der Stadt landen. Und um die mache ich mir persönlich auch Sorgen.

Und ich finde es nicht gut, dass jetzt hier auch, vielleicht nicht *expressis verbis*, aber indirekt gesagt wurde, dass Partnerfirmen nicht so gut arbeiten können wie eigene Mitarbeiter. Die Verwaltung hat uns immer zugesagt, und es war mir bei der Beauftragung von diesen Reinigungsdienstleistungen immer wichtig, dass es auskömmliche Verträge sind. Das heißt, dass die Mitarbeiter zu dem Lohn, den sie kriegen müssen, tatsächlich diese Arbeit machen können, ohne dabei ausgebeutet zu werden. Und darauf habe ich mich immer verlassen, darauf haben wir uns hier alle, glaube ich, immer verlassen. Wenn das gegeben ist, wenn die Arbeit auskömmlich ist, dann spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, weiterhin mit Werkverträgen Leuten eine Chance zu geben, hier zu zeigen, wie fleißig sie sind. Wir haben auch als Gemeinderatsgruppe wirklich Bedenken, wie mit dem neuen Konstrukt effektiv am Ende mehr Reinheit, mehr Sauberkeit für weniger Geld geleistet werden soll.

**Stadträtin Fenrich (pl):** In den 70er Jahren, glaube ich, hat es angefangen, nur halt umgekehrt. Da war viel Eigenreinigung in den Verwaltungen, und man hat es dann letztendlich vergeben. Jetzt kann man sagen, diese Leistungen werden hier bei der Stadt Karlsruhe ausgeschrieben. Da das Auftragsvolumen derart groß ist, werden die europaweit ausgeschrieben. Diese Ausschreibung ist bei den Reinigungskräften ein relativ komplizierter Vorgang. Aber soweit ich das weiß, wird es tatsächlich auch eingefordert und so eine europaweite Ausschreibung ist auch immer nachprüfbar. Da kommt es nicht auf Goodwill an, sondern es ist wirklich nachprüfbar. Es ist so, das hat der Kollege Dr. Schmidt auch schon gesagt, dass es auskömmliche Preise sind. Da wird Wert darauf gelegt. Das würde mich wundern, wenn das hier nicht der Fall wäre. Ich denke, da geht es wirklich mit rechten Dingen zu. Und ich glaube, man tut da wirklich dann der Privatwirtschaft, also dem Reinigungsgerberbe, Unrecht, wenn man jetzt unterstellt, dass die nicht so viel bezahlen oder dass die ihre Leute ausbeuten oder sonst irgendwas. Weil das durch die Vergabekammern, das sind staatliche Stellen, nachprüfbar ist, was da geschieht, glaube ich, dass man letztendlich auf der sicheren Seite ist. So, das nochmal zum Rechtlichen.

Auf der anderen Seite ist es auch so, man sollte einfach nicht irgendwie sich das schlecht einreden. Das Personal, das in der freien Wirtschaft tätig ist, ist sicherlich nicht schlechter als das, was hier bei der Stadt Karlsruhe beschäftigt werden würde. Und dann kommt noch ein weiterer Punkt dazu. Die Stadt Karlsruhe hat Probleme in der Rekrutierung von Personal. Warum sollte das dann im Bereich der Reinigungskräfte anders sein? Wir tun uns hier keinen Gefallen. Wir holen uns Probleme an Bord, was nicht sein muss, wenn man das im Rahmen der Ausschreibung fremdvergeben kann.

Und dann noch was. Wenn wir so eine Dienststelle dann haben oder so ein Amt, dann ist es so, da ist ja auch ein Kopf davor. Das heißt, da ist ein Abteilungsleiter oder wie immer

man die nennen möchte, dann eine Assistenz etc. pp., das kostet auch noch mal Geld. Und da muss ich sagen, das ist richtig, was der Kollege Hofmann sagte. Wir müssen uns wirklich überlegen, ob wir uns das leisten können. Das wird im Endeffekt teurer. Und wenn es teurer wird, da ist auch eine kleine Anmerkung drin, müssen wir uns überlegen, ob wir vielleicht in der Reinigungsleistung Abstriche machen. Ist es dann besser für uns? Ist dann die Zufriedenheit größer? Ich glaube, nein. Ich denke mal, alles in allem gesehen ist das ein Punkt, der ist nachprüfbar, die Ausschreibung ist okay. Das Personal ist soweit auch entsprechend ausgebildet. Wenn wirklich Beanstandungen sind, dann kann man es doch prüfen, und dann kann man mit der Firma sprechen oder mit dem Vorarbeiter etc. pp. Also wir haben viele Möglichkeiten. Aus Kostengründen würde ich das gerne ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Ich bin gefragt worden nach dem Nachweis auf bestimmte Dinge. Ich bitte darum zu verstehen, dass ich jetzt nicht in die Grundsatzdiskussion wieder einsteige. Das ist eine Diskussion, die haben wir eins zu eins alles schon geführt. Wir werden zu dieser Sache sicherlich noch drei oder vier Mal auf Sie zukommen. Und deswegen überlegen Sie bitte, dass Sie das dann ablehnen, weil Sie es auch damals schon abgelehnt haben, versteht jeder, aber wir müssen überlegen, ob wir jedes Mal die Grundsatzdiskussion nochmal führen. Einfach nur als Hinweis für die Zukunft. Zumal da oben der Eindruck entsteht, wir hätten es noch nie gemacht.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
19. Dezember 2023